

Offener Brief an das
Bundeskanzleramt
Frau Dr. Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin



Heinrich Wecker & Antje Arnold

E-Mail: Heinrich.Wecker@t-online.de

Projekt: Sozialer - Wohnungsbau „ 55.000 Plus“

15.05.2019

Sehr verehrte Frau Dr. Merkel,

wir waren viele Jahre Befürworter Ihrer Politik. Heute sind wir jedoch an einem Punkt angelangt, an dem wir bestimmte Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen der Bundesregierung nicht mehr verstehen. Aus unserer Sicht sind dringend mehr Führung und Handeln gefordert, damit die soziale Schere in unserer Gesellschaft nicht noch weiter aufgeht. Insbesondere wenn es um ein Grundrecht wie bezahlbaren Wohnraum geht, dürfen die Menschen ein straffes Handeln von der Politik erwarten.

Damit sind wir schon bei einem Thema, über welches wir uns viele Gedanken gemacht und zu dem wir konkrete Berechnungen angestellt haben. Als deren Ergebnis möchten wir Ihnen eine Idee unterbreiten, denn es ist hinreichend bekannt, dass sich viele Menschen, besonders in Ballungszentren, die Miete nicht mehr leisten können, obwohl sie eine Arbeit haben.

Wie sehen wir in diesem Punkt die Politik?

Sie diskutiert über die Enteignung von Wohnungsbaugesellschaften, über Wohnbauförderung, über Mietpreisbremsen, Kollektivierung von Unternehmen, Erhöhung des Mindestlohnes, Grundrente, Baukindergeld etc. All das schafft aber **nicht mehr Wohnraum**. Es wird Zeit für einen anderen Ansatz und neue Ideen! Und damit möchten wir den Bogen zur Verantwortung der Kirchen in unserer Gesellschaft spannen.

Welche Stellung haben die Kirchen in der heutigen Zeit?

Sie predigen Nächstenliebe und nehmen für sich in Anspruch, Beschützer der Ärmere und Schwächeren zu sein. Beim Thema sozialer Wohnungsbau könnten die Kirchen zeigen, wie ernst sie es damit meinen. Als Eigentümer riesiger Grundstücke und eines großen finanziellen Vermögens, welches jährlich mit Millionen aus Steuermitteln unterstützt wird, sollten und müssen die Kirchen einen entsprechend großen Beitrag leisten, um bei diesem Thema für Entspannung zu sorgen. Sie könnten einen Teil der dringend benötigten Grundstücke zur Verfügung stellen und mit Kapital das Bauen bezahlbarer Wohnungen unterstützen.

Ein neuer Ansatz: 55.000 Plus:

Errichten von mehr als 55.000 Sozialbau-Wohnungen in den nächsten zehn Jahren; Vermietung über 30 Jahre an Menschen/ Familien, die sich teure Wohnungen in Ballungszentren nicht mehr leisten können

Wie kann das umgesetzt werden?

Für die Umsetzung dieser Idee sind circa 1,1 Milliarden € pro Jahr und damit 11 Milliarden € in zehn Jahren erforderlich. Die Finanzierung wird auf drei Säulen verteilt.

Säule 1

ca. **545 Millionen €** kommen von den Kirchen

Diese Summe erhalten die evangelischen und katholischen Kirchen pro Jahr als Staatsleistung aus dem Bundeshaushalt und dem Haushalt der Länder. Wie Ihnen bekannt ist, haben diese Staatsleistungen weder etwas mit der Kirchensteuer zu tun, noch mit dem Geld, welches der Staat für von Kirchen erbrachte Dienstleistungen bezahlt, wie etwa für Aufwendungen in Altenheimen oder Kindergärten. Vielmehr geht es um die Ansprüche der Kirchen, die als Ausgleich für Enteignungen nach dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 gezahlt werden, zum Ende des Heiligen Römischen Reiches!

Frage: Sind diese Ansprüche nach **mehr als 200 Jahren nicht längst abgegolten?**

Der Staat sollte diese Leistungen zehn Jahre weiter zahlen, aber für einen anderen Verwendungszweck. Das Geld soll ausschließlich zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau in das Projekt **55.000 Plus** gezahlt werden.

Säule 2

Der Bund zahlt die gleiche Summe von circa **545 Millionen** pro Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren in das Projekt **55.000 Plus** ein.

Säule 3

Mieteinnahmen aus den gebauten Wohnungen sowie Spenden aus Industrie, Wirtschaft und von wohlhabenden Mitgliedern der Gesellschaft. Dazu wird das Projekt 55.000 Plus aktiv in den Medien beworben. Es muss ein Ruck durch die Gesellschaft gehen. Spenden für das Projekt müssen steuerlich abzugsfähig sein.

Woher kommen die Grundstücke?

Die Kirchen, Bund, Länder und Kommunen sind die **größten** Grundstücksbesitzer in Deutschland. Daher müssen die Baugrundstücke auch von den Kirchen und vom Bund, Ländern und Kommunen für das Projekt **55.000 Plus kostenlos** zur Verfügung gestellt werden.

Verantwortung übernehmen, nicht nur reden

Wie erfolgt die Umsetzung ?

Für das Projekt wird eine gemeinnützige Stiftung mit dem Namen **55.000 Plus** gegründet. Die Kirchen, der Staat und die Spender zahlen in diese Stiftung ein und sind anteilmäßig in der Stiftung vertreten. Alle Grundstücke, Wohnungen und Investitionen bleiben im Besitz der Stiftung.

Das Unternehmensziel von **55.000 Plus** ist es nicht, Gewinne zu erwirtschaften, sondern die Mieteinnahmen aus den bereits gebauten Wohnungen wieder in den Bau weiterer Sozialwohnungen zu investieren. Ein Stiftungsrat beaufsichtigt und lenkt die Aktivitäten der Stiftung.

Das Erteilen von Baugenehmigungen ist in Deutschland bekanntlich extrem zeitaufwändig und teuer. Um dies zu beschleunigen schlagen wir ein hohes Maß der Standardisierung vor. Das heißt, es muss für maximal drei verschiedene Haustypen (die in der Größe variabel sind) eine Baugenehmigung erteilt werden. Eine einmal erteilte Baugenehmigung wird von allen Ländern und Kommunen anerkannt. Hier ist ein hohes Durchsetzungsvermögen der Politik gefordert.

Je mehr Sozialbauwohnungen von der Stiftung gebaut werden, umso weniger Bürger müssen mit Sozialleistungen unterstützt werden. Das muss doch im Interesse des Bundes, der Länder und der Kommunen sein!

Sehr verehrte Frau Dr. Merkel, wir gehen davon aus, dass Sie ein Konzept, wie **55.000 Plus** begrüßen und unterstützen, um ein brennendes Problem in der Gesellschaft zügig zu lösen. Es wird sicherlich, wie so oft, Diskussionen, Debatten und Gründe, von den Kirchen und der Politik aus den Ländern und Kommunen geben, um so eine Idee zu zerreden und im Keim zu ersticken. Aber die Bevölkerung erwartet dringend ein **durchgreifendes Konzept**. Sie erwartet eine Politik, die Taten sprechen lässt.

Wir möchten **nicht** hören, was nicht geht! Hier ist Ihre Führung, Verantwortung und Durchsetzungsfähigkeit gefragt, um dieses Projekt umzusetzen. Für Rückfragen zum Konzept und Unterstützung stehen wir gerne auch persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich Wecker & Antje Arnold

Quelle: Welt vom 08.02.2019 von Matthias Kamann
Spiegel Online 05.06.2018 von hey/dpa-AFX
NTV 05.06.2018 von Kpi
bpd Humanistischer Pressedienst 05.02.2019 von Red
pro Christliches Medienmagazin 07.06.2018 Norbert Schäfer
FAZ.NET vom 28.02.2019 von Michael Ashelm und Klaus Max Smolka

Verteiler des offenen Brief

Bundespräsidialamt, Kanzleramt, Ministerien: ab 15 Mai 2019

Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt und den Ministern für Finanzen, Innen-Bau- Heimat, Wirtschaft und Soziales-Arbeit und den Kanzleramtsminister

Parteivorsitzenden: ab 15 Mai 2019

Annegret Kramp-Karrenbauer CDU, Markus Söder CSU, Andrea Nahles SPD

Christian Lindner FDP, Robert Habeck und Annalena Baerbock Grüne, Katja Kipping &

Bernd Riexinger Die Linke ,Jörg Meuthen & Alexander Gauland AFD

Vertreter der Kirchen in Deutschland: ab 15 Mai 2019

Prof. Dr. Heinrich Bedford- Strom, Kardinal Reinhard Marx

Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder: ab 15 Mai 2019

Staatsministerium Baden-Württemberg, Bayerische Staatskanzlei , Regierende Bürgermeister von Berlin, Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Hessische Staatskanzlei, Niedersächsische Staatskanzlei, Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Staatskanzlei Saarland, Sächsische Staatskanzlei, Schleswig-Holstein - Staatskanzlei, Thüringer Staatskanzlei

Presseverteiler: ab Mitte Juni 2019

DPA, FAZ, Süddeutsche Zeitung, Bild, Die Zeit, Frankfurter Rundschau, Die Tageszeitung , Die Welt, Evangelischer Pressedienst , Katholische Nachrichten Agentur, Reuters , Deutsche Presse Agentur, Die Funke Mediengruppe, Spiegel, Spiegel online, Stern, ARD, ZDF, N-TV. Axel Springer Verlag, usw.

Gewerkschaften, Stiftungen, Bund der Steuerzahler: ab 15 Mai 2019

IG Metal, DGB, Verdi, IG Bergbau-Chemie-Energie, IB Bauen-Agrar-Umwelt Hanns-Seidel-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung , Bertelsmann Stiftung, Initiative neue soziale Marktwirtschaft